

Bonn, im Juni 2009

Fragen des RTKA zur Kinderarmut in Bonn

Sehr geehrter Herr Ulrich Franz,

vielen Dank für die Zusendung der Fragen zur Kinderarmut in Bonn. Gerne werde ich diese beantworten. Ihre Fragen sprechen viele aktuelle Probleme der (Kommunal-) Politik an. Ich möchte direkt am Anfang einige grundsätzliche Ausführungen machen, damit die Standpunkte meiner Partei bewusster werden.

Die CDU ist die letzte große Volkspartei in Deutschland. Wir treten seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland für Frieden, Freiheit, Chancengleichheit und (soziale) Gerechtigkeit ein. Heute stellen uns die Globalisierung, der Klimawandel und die Finanzkrise vor immense Herausforderungen, die nachhaltig und gerecht gegenüber den nachfolgenden Generationen gelöst werden müssen. Dazu kommen noch die älter werdende Gesellschaft und die immense Verschuldung der öffentlichen Hand. Die CDU stellt sich diesen Herausforderungen und zeigt Lösungswege auf, weil sie den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt und in Zeiten besonderer Herausforderungen nicht kneift.

Auf kommunaler Ebene liegen der Bonner Union und mir als Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt besonders die Lebensbereiche der Bonnerinnen und Bonner am Herzen. Hierzu zählt ganz klar der Lebensbereich Familie mit allen seinen Ausprägungen. Wir wollen als CDU in der kommenden Ratsperiode erreichen, dass alle Bonner Familien und Kinder eine gute Lebensperspektive haben. Das wird gelingen, wenn wir das öffentliche Vermögen erhalten, den Standort stärken und Arbeitsplätze sichern. Und das wird gelingen, wenn wir die richtigen Schwerpunkte setzen. Mit dem Schwerpunkt Kinder, Jugend, Familie und Bildung sind wir auf dem richtigen Weg.

Die Stadt Bonn steht heute im Vergleich zu anderen deutschen Städten noch vergleichsweise gut da, wenn man einmal von der Verschuldung absieht. Wir unterhalten ein vorbildliches Netz von Freien Trägern u. a. im sozialen und Kinder- und Jugendhilfebereich. Dieses engmaschige Betreuungsnetz haben wir mit Absicht so gewollt und eingerichtet und unterstützen es nach besten Kräften. Dieses Netz auch in Zukunft so zu erhalten, ist eine immense Herausforderung im Angesicht der leeren Kassen. Doch der Einsatz lohnt sich, die Arbeit lohnt sich. Die Menschen, die hierauf angewiesen sind, sind es uns als Bonner Union wert. Deshalb sollten wir heute in erster Linie schauen, wie wir den Status quo sichern können. In der Politik ist es immer einfach, jedem immer mehr oder alles zu versprechen. Uns als Union ist es sehr wichtig, keine unerfüllbaren Versprechungen zu machen. Das rächt sich später. Deshalb ist es unser Bestreben, unsere Stadt Bonn nicht weiter herunterzuwirtschaften. Wenn wir jetzt unsere Leistungen ausweiten, ohne woanders zu sparen, kommen wir dem Punkt näher, an dem wir nichts mehr ausgeben können. Ob Nothaushalt oder Haushaltssicherungskonzept, beide Wege würden in Bonn harte Einschnitte für viele Freie Träger mit sich bringen. Viele Leistungen würden unausweichlich und ersatzlos wegfallen. Deshalb ist heute nicht der Zeitpunkt, um darüber zu reden, wer was mehr

bekommt, sondern, wie man als Kommune wieder auf solide finanzielle Grundlagen kommt, um weiter ein hohes Angebot an sozialen Leistungen anbieten zu können.

In diesem Sinne haben wir vor wenigen Tagen unser Kommunalwahlprogramm 2009 – 2014 verabschiedet. In diesem Programm sind alle wesentlichen Problemfelder aufgeführt und Lösungswege unterbreitet. Unser Kommunalwahlprogramm beantwortet im Wesentlichen auch alle Fragen, die Sie in Ihrem Fragebogen aufführen.

Und noch etwas im Zusammenhang mit den städtischen Finanzen: Aufgrund der Wirtschaftskrise brechen auch in Bonn die Steuereinnahmen weg. Diese Entwicklung verschlimmert die Gesamtlage des städtischen Haushalts zusätzlich in einem erheblichen Umfang. Wir müssen in den kommenden Wochen und Monaten deshalb zunächst als Stadt schauen, wo wir finanziell stehen. Das geht nur über einen Kassensturz und mit einer Aufgabenkritik, die unter der Prämisse läuft, ehrlich zu schauen, was wir uns noch als Stadt leisten wollen und was nicht mehr geht. Dass ich entschieden dafür eintrete, unseren Politikschwerpunkt Kinder, Jugend, Familie und Bildung weiter verstärkt zu unterstützen, ist klar und bedarf keiner weiteren Begründung. Doch dies bedeutet in Zukunft auch zu sagen, was nicht mehr geht. Anders lässt sich das nicht solide finanzieren. Wichtig ist an dieser Stelle, dass wir gemeinsam sprechen und versuchen, im Miteinander diese Entscheidungen herbeizuführen.

Nun aber zu Ihren Fragen:

1. Ich möchte mich zunächst dem Themenkomplex, Grundlagen der Bekämpfung von Kinderarmut, Kinderbetreuung, Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und kostenlose Mahlzeiten, zuwenden. Die von Ihnen aufgelisteten Problemfelder sind nicht ausschließlich kommunalspezifischer Natur. Armut, Kinderarmut, Integration und die übrigen Aspekte sind gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, an denen der Bund, die Länder und die Kommunen zusammen mit den Interessensverbänden und den Bürgerinnen und Bürgern arbeiten müssen. Die Stadt Bonn kann keines dieser Probleme in ihren Stadtgrenzen allein lösen, sie kann nur Akzente setzen und ihr Bestes dazu beitragen, dass alle notwendigen städtischen Kapazitäten (auch die finanziellen) und Kräfte bestmöglich zum Wohle der Betroffenen eingesetzt werden. Mehr können wir den Menschen nicht versprechen, alles andere wäre unehrlich. Zu einer solchen Politik stehe ich nicht.

Das Problem Kinderarmut kommt in der heutigen Zeit immer stärker zum Vorschein. Diese Entwicklung bedauere ich, denn sie trifft die Kleinsten unserer Gesellschaft. Leider stehen nicht alle Familien wirtschaftlich solide da, viele leben nahe am Existenzminimum oder noch darunter. Die Armutsquote lag selbst im Aufschwungjahr 2007 mit 14,3 % auf hohem Niveau. Die staatlichen Transferleistungen reichen nicht immer aus, den Familien, und insbesondere ihren Kindern, ein würdiges Leben zu ermöglichen. Doch die Sozialgesetzgebung ist Bundesgesetzgebung, das Problem ist gesamtgesellschaftlich. Über die Höhe der Transferleistungen entscheidet nicht die Kommune. Sie kann nur dafür sorgen, dass diese Transferleistungen schnell und unbürokratisch bei den Betroffenen ankommen und aufgestockt werden durch andere, wichtige Maßnahmen. Die Stadt Bonn leistet dies zum Beispiel mit dem Bonn-Ausweis (über 2 Mio. Euro jährlich). Sie ist damit eine der wenigen Städte, die so etwas noch anbietet.

Die CDU hat sich in ihrem Kommunalwahlprogramm dafür entschlossen, den Bonn-Ausweis zu erhalten. Das finde ich schon als einen mutigen Schritt in Anbetracht der allgemeinen Finanzlage. Dieser Schritt ist uns als Partei aber wichtig, weil er den Menschen zugute kommt, die Hilfen benötigen. Wer den Bonn-Ausweis aber noch ausbauen will, muss auch sagen, wo was wegfallen soll. Ich bin gerne bereit, hierüber in den anstehenden Haushaltsberatungen zu diskutieren, genauso, wie über eine Umschichtung des Bonn-Ausweises, damit der Schwerpunkt Kinder, Jugend, Familie und Bildung dort mehr zum Tragen kommt. Mehr versprechen kann man als verantwortungsbewusster Politiker nicht.

In Zukunft können wir aber noch besser werden. Wichtig ist mir, dass die Sozialberatung in Bonn „ganzheitlich“ erfolgt, d. h., die Beratung sollte alle Lebensbereiche umfassen. Das macht Sinn. Es macht auch Sinn, mit den Wohlfahrtsverbänden Leistungsvereinbarungen zu schaffen. Auf die Qualität der Berater ist dabei großen Wert zu legen. Wir haben in Bonn ein hervorragendes Netz ambulanter Dienstleister. Die entsprechenden Vereinbarungen mit ihnen müssen aber auskömmlich sein. Hieran gilt es zu arbeiten. Parallele Leistungsangebote sollten aber zurückgefahren werden.

Vereinbarkeit Familie und Beruf

Um die Familien zu unterstützen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Ehepartner oder Alleinerziehende zu erleichtern, werde ich mich konkret in der kommunalpolitischen Arbeit dafür einsetzen, dass das Kinder- und Jugendbetreuungsangebot nachfragegerecht ist und die örtlichen und sozialen Gegebenheiten berücksichtigt. Dazu gehört ein wohn- und arbeitsplatznahes U3- und Kindergartenbetreuungsangebot. Kindertagesbetreuung ist ein zentraler Bestandteil moderner Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik. Sie erreicht alle Familien, fördert die Entwicklung der Lebenschancen durch frühe Bildung und Pädagogik und bietet besondere Chancen gezielter Förderung benachteiligter Kinder sowie sprachliche und kulturelle Integration.

Wir wollen deshalb als Union den Ausbau der U3-Betreuung weiter forcieren. Ab Sommer 2009 liegt die Betreuungsquote für Unterdreijährige in Bonn bei 28 %. Ziel ist der Ausbau auf 40 % bis 2012 und langfristig soll sich die Betreuungsquote am Bedarf orientieren. Das macht Sinn. Wir wollen deshalb auch den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsbetreuungsplätzen in Kindergärten.

Wir wollen deshalb die Förderung von Betriebskindergärten sowie die verstärkte Zusammenarbeit von Betrieben mit Tageseinrichtungen. Betriebliche Betreuungs- und Bildungsangebote können die Bedürfnisse der Eltern nach Arbeitsplatznähe und flexiblen Öffnungszeiten besser befriedigen. Familienfreundlichkeit muss für Betriebe ein erstrebenswertes Prädikat sein.

Wir wollen den bedarfsorientierten Ausbau des OGS-Angebotes in Quantität und Qualität, also eine Schwerpunktverlagerung hin zu mehr Bildungsqualität. Wir unterstützen die wichtige und richtige Umsetzung der „Ganztagsoffensive Sekundarstufe I“ der CDU-geführten Landesregierung.

Die Stadt braucht ein gutes Betreuungsangebot für Jugendliche vor Ort und ein qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot im OGS-Bereich. Hierzu leisten die freien Angebote von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden einen entscheidenden Beitrag. Die Qualität ihrer Arbeit ist jedoch durch zunehmende Kosten gefährdet. Daher setzt sich die CDU für ein Finanzierungsmodell ein, das die wertvolle Arbeit lang-

fristig sichert. Einen ersten Beitrag hierzu hat die CDU bereits mit einer Erhöhung der Zuschüsse zum Ausgleich für die Tarifkostensteigerungen im Personalbereich geleistet.

Daneben wollen wir uns als Union für die Weiterentwicklung des Bonner Kinderschutzkonzeptes einsetzen. Ich strebe eine direkte Ansprache junger Familien an, um bereits kurz nach der Geburt eines Kindes auf Hilfs- und Beratungsangebote der Stadt aufmerksam zu machen (Dormagener Modell). Wichtig ist mir auch, auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Hebammen, Ärzten und Kliniken zu achten, um bereits frühzeitig auf Vernachlässigung oder Misshandlung von Kindern aufmerksam zu werden.

Auch ein Besuch der angehenden Erstklässler und ihrer Familien durch die Grundschullehrer und –lehrerinnen kann ein vielversprechender Ansatz sein, um bereits vor der Einschulung des Kindes eventuell notwendige unterstützende Maßnahmen anbieten bzw. empfehlen zu können.

In den meisten Kindertageseinrichtungen und Schulen frühstücken die Kinder – wenn überhaupt – von zu Hause Mitgebrachtem. Durch ein gemeinsames zweites Frühstück kann sichergestellt werden, dass alle Kinder eine gesunde und ausgewogene Zwischenmahlzeit zu sich nehmen und auch Kinder frühstücken können, die von zu Hause nichts mitbringen. Ein gemeinsames Frühstück sollte in Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und in der Unterstufe der weiterführenden Schulen umgesetzt werden. Zumindest die tägliche Verteilung von Obst ist wünschenswert.

Ich begrüße deshalb ausdrücklich die Einrichtung des Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ durch die CDU-geführte Landesregierung. Damit soll das Mittagessen für Kinder aus einkommensschwachen Familien in der Ganztagschule unterstützt werden. Die Bonner CDU setzt sich für eine Ausweitung dieser Initiative auch auf Kindertageseinrichtungen und weiterführenden Schulen ein.

Die Kinder von Bonn-Ausweis-Inhabern haben bereits heute die Möglichkeit, ein kostenloses Mittagessen in Kindertageseinrichtungen und in Offenen Ganztagschulen einzunehmen. Die Bonner CDU fordert, dass die Mittel aus dem Landesfonds auch denjenigen Kindern zugute kommen, deren Familien geringfügig über den Sätzen des Bonn-Ausweises liegen.

Ganz wichtig ist die Einführung einer einrichtungsübergreifenden Geschwisterermäßigung. Die Geschwisterermäßigung, die zurzeit ausschließlich beim Besuch mehrerer Kinder einer Familie in einer Einrichtung greift, sollte einrichtungsübergreifend gelten.

Ganz wichtig ist auch die Überprüfung der Staffelung der Beiträge für OGS und Kindertageseinrichtungen. Die Beitragsbefreiung für Geringverdiener analog der Regelung für Kindertageseinrichtungen muss bleiben. Schließlich sollen auch Familien mit geringem Einkommen in der Lage sein, ihre Kinder am OGS-Angebot teilnehmen zu lassen.

Den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Zweijährige ab dem Kindergartenjahr 2010/11 zu schaffen, sehe ich als wichtigen Schritt zur Vereinbarkeit von Fa-

milie und Beruf an. Ich unterstütze die CDU-geführte Landesregierung in ihrem Bestreben, diesen Anspruch zügig umzusetzen.

Kinder aus einkommensschwachen Familien haben oft nicht die Möglichkeit, Mitglied in einem Verein zu sein. Einige Karnevals- und Sportvereine bieten zwar schon eine Beitragsbefreiung an, eine flächendeckende Ausweitung dieses Konzepts wäre jedoch wünschenswert.

Wir wollen Kindern und Jugendlichen in schwierigen Familienverhältnissen verstärkte Angebote in den Bereichen Erziehungsberatung, Gewaltprävention, Drogen- und Alkoholkonsum bieten. Gerade bei der Suchthilfe liegt für mich zukünftig der Schwerpunkt in der Prävention, die so früh wie nur möglich, beginnen sollte.

Wir wollen in den Bereichen Sport und Kultur (Musik, Theater) Angebote schaffen, um insbesondere benachteiligten Jugendlichen Perspektiven zu eröffnen. Hierfür wollen wir weitere Sportvereine für die Unterstützung von benachteiligten Jugendlichen gewinnen und legen auch aus präventivpolitischen Gründen einen Schwerpunkt auf die Förderung des Kinder- und Jugendsports.

Forschungsergebnisse zeigen, dass sich spezieller, im frühen Kindesalter einsetzender Musikunterricht auf die Selbstwahrnehmung, die Lernfähigkeit und Lernmotivation von Kindern günstig auswirkt und positive Erfahrungen auf andere Lernbereiche übertragbar sind. Von Musik und musikalischen Aktivitäten wird angenommen, dass sie sich positiv auf die Entwicklung der Persönlichkeit und die Entfaltung von kreativen Potenzialen auswirken.

Deshalb wollen wir als CDU das Bundes- und Landesprogramm „Jedem Kind ein Instrument“ für Bonn nutzen.

Wir möchten Jugendliche motivieren zur Übernahme von ehrenamtlichem Engagement und Jugendliche selbst für die Jugendarbeit gewinnen (Integrationsprojekt der CDU-geführten Landesregierung für Jugendliche mit ausl. Wurzeln - Projekt Ö).

Für viele Kinder und Jugendliche sind Ferienfreizeiten die einzige Möglichkeit, in den Ferien zu verreisen. Ich werde mich als Oberbürgermeister mit der Bonner CDU dafür einsetzen, dass Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an Freizeiten auch weiterhin ermöglicht wird. Gleiches gilt auch für eine Unterstützung bei Klassenfahrten. Gerade Kinder und Jugendliche aus benachteiligtem Elternhaus benötigen während der Ferienzeit zusätzliche Förderung und eine qualifizierte Feriengestaltung. Die CDU hat in den Haushaltsberatungen 2008/09 dafür gesorgt, dass bei den Bonner Ferienfreizeiten mehr Geld investiert wird. 65.000 Euro gibt es zusätzlich. Dabei wurden die Zuschüsse um 1,50 Euro pro Tag und Kind erhöht.

Gesellschaftliche Teilhabe

Die Übernahme der Fahrt- und Museumskosten bedürftiger Kinder im Rahmen des Projektes „Museen machen Schule“ wird in Bonn für diejenigen Museen praktiziert, die sich am Netzwerk „Museen machen Schule“ beteiligen. Und das sind im Wesentlichen die großen und bekannten Museen der Stadt. Ob man die Kostenfreiheit für alle Kinder bis zu einem bestimmten Alter einführen sollte, sollte sich m. E. danach richten, wie es zu finanzieren ist. Das ginge z. B. über eine geringe Erhöhung der Erwachsenen-Eintrittspreise. Natürlich kann man auch über andere Vergünstigungen

diskutieren. Das macht aber nur Sinn, wenn alle Beteiligten am Tisch sitzen und alles unter Berücksichtigung der anstehenden Haushaltsberatungen erfolgt.

Im VRS fahren Kinder bis einschließlich 5. Lebensjahr grundsätzlich kostenlos, danach zu ermäßigten Tarifen. Ein günstiges oder kostenloses Sozialticket einzuführen, das über den Rahmen des Bonn-Ausweises geht, mag wünschenswert sein, es muss aber finanziert werden. Beim heutigen Zuschussbedarf des ÖPNV in Bonn wird dies nicht so einfach zu machen sein. Aber auch dieser Vorschlag gehört in die Haushaltsberatungen, genauso, wie alle anderen guten Ideen und Ansätze, wie man die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen weiter fördern kann. Man muss dann halt schauen, was Priorität hat und was stattdessen nicht mehr gefördert wird.

Bildung

Ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der Aspekt der Bildung, da er der Schlüssel für individuelle Lebenschancen ist. Deshalb ist es wichtig, die Bedingungen in unseren Schulen zu verbessern. Mein Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, gleiche und gerechte Chancen für den Besuch von Bildungseinrichtungen und den Erwerb von Kompetenzen zu ermöglichen, um sie für ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben vorzubereiten. Das geht für mich am besten in einem gegliederten Schulsystem durch gezielte Förderung gegen das Sitzenbleiben, gezielte Sprachtests und Sprachförderung, durch mehr Lehrerstellen und mehr Ganztagsangebote und durch weniger Unterrichtsausfall. Gerade bei der Frage von mehr Lehrerstellen hat die CDU-geführte Landesregierung in den letzten Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet. Mir ist für die kommenden Monate vor allem der Ausbau des Ganztagsunterrichts an Gymnasien und Realschulen sehr wichtig. Hier will ich mich engagieren und für ein besseres Angebot sorgen.

Insgesamt muss es eine Verstärkung der Qualifizierungsangebote geben, denn erfolgreiche Schulabschlüsse sind der Schlüssel zum beruflichen Erfolg. Ein guter Schulabschluss und eine anschließende Ausbildung/Studium sind Grundvoraussetzung für alle Qualifizierungsmaßnahmen. Bonn ist keine Stadt mit einem Arbeitsplatzschwerpunkt im Niedriglohnbereich.

Gesundheit

Die Gesundheitserziehung von Kindern und Jugendlichen muss weiter verbessert werden. Gesundheits- und Ernährungserziehung sollte sowohl in Kindertageseinrichtungen, als auch an Grund- und weiterführenden Schulen intensiviert werden. Als Oberbürgermeister werde ich das Thema Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen zur Chefsache machen und eine Stabsstelle Gesundheit einrichten, an der neben der Stadt Kinderärzte, Verbände etc. beteiligt sind. Sinn ist es, die Kindergesundheit in Kindergärten und Schulen zu betreuen, aufzuklären (gerade auch in Sachen Impfmüdigkeit) und im Bedarfsfall einzuschreiten. Was jetzt Amtszahnärzte in Kindergärten leisten, muss auch für die allgemeine Gesundheit gelten.

Problem Wohnraum

Eine Wohnung zu haben, gehört zu den Grundbedürfnissen des menschlichen Zusammenlebens. Keine Wohnung zu haben, bedeutet oft Ausschluss aus der bürgerlichen Gesellschaft, führt häufig zu einer Stigmatisierung. Eine Wohnung zu haben, heißt nicht nur sichere Unterkunft für sich und die Familie, es bedeutet auch Heimat und Nachbarschaft. Deshalb war und ist eine solide Wohnungspolitik für die Bonner

CDU ein wichtiger Grundpfeiler des politischen Handelns. Wir wollen – sowohl aus ökologischen, als auch aus ökonomischen Gründen – möglichst vielen der rund 100 000 Pendlern Wohnraum in Bonn anbieten können. Dazu gehören die Erschließung von Neubaugebieten möglichst in Nähe zu den Arbeitsplatzstandorten, das Schließen von Baulücken in der Innenstadt und das Schaffen neuer Wohnformen, wie Mehrgenerationenwohnen, gemeinsame Wohnsiedlungen für kinderreiche Familien, Alleinstehende, Ältere und Migranten, Wohnen mit Service für ältere Menschen. Dabei ist für uns die Einbettung in ein Umfeld mit Einkaufsmöglichkeiten, Kindertagesstätten, Schulen, Kirchen, Freizeiteinrichtungen und einer gesunden Umwelt von besonderer Bedeutung.

Der Erschließung von Bauland für Unternehmen und arbeitsplatznahen Wohnraum innerhalb unserer Stadt kommt nicht nur angesichts der bestehenden Verkehrsgänge aber auch als Standortvorteil eine wichtige Bedeutung zu. Gerade für junge Familien und ältere Menschen ist stadtnaher Wohnraum zu erschwinglichen Preisen sehr wichtig. Die CDU Bonn wird dafür Sorge tragen, dass Reserveflächen zügig erschlossen werden.

Wichtigster Garant für bezahlbaren Wohnraum ist die ausreichende Versorgung mit Wohnraum. Einen großen Schritt dahin hat die CDU mit einem von ihr initiierten Antrag Anfang 2008 getan. Ziel war es, den Wohnungsmarkt in Bonn auf Dauer zu entspannen und das Mietniveau zu senken, indem bereits im Verfahren befindliche Bebauungspläne beschleunigt werden, die Schließung der etwa 900 Baulücken erleichtert und z. B. das gesamte Stadtgebiet hinsichtlich Bebauung in zweiter Baureihe überprüft wird.

Es ist aber leider so, dass private Vermieter oder Investoren von einer Stadt nicht gezwungen werden können, in neuen oder die Modernisierung alten Wohnraums zu investieren. Die Stadt kann nur Impulse geben. Dies geschieht heute z. B. in Form von Investitionsanreizen in energetischer Hinsicht. Diese gilt es noch stärker auszubauen. Die Stadt kann dann eingreifen, wenn z. B. Gesundheitsgefährdungen bestehen. Klar ist aber: Unterlassene Instandhaltungen und Modernisierungsanstrengungen sind mittelfristig die teuerste Art des Sparens.

Integration

Bonn ist heute Lebensmittelpunkt und neue Heimat für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund. Gerade Kindern mit Migrationshintergrund muss unsere besondere Aufmerksamkeit gelten. Doch was für Erwachsene gilt, gilt auch für Kinder: Gute Deutschkenntnisse sind das wichtigste Instrument der Integration. Deshalb ist für mich der wichtigste Baustein für eine gelungene Integration eine ausgeprägte Sprachförderung. Hierüber steht und fällt alles, denn ohne ausreichende Sprachkenntnisse wird der spätere Einstieg in das Berufsleben erschwert und die gesellschaftliche Anerkennung ist nicht immer vorhanden. Die Sprachförderung muss deshalb frühestmöglich einsetzen. Ein Weiteres ist die Bereitschaft zur Integration in unser kulturelles und gesellschaftliches Leben und unser Wertesystem. Wer unsere Werte nicht achtet und anerkennt, kann sich nicht integrieren.

Wir achten die Kulturen und Traditionen aller unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger und betrachten sie als Bereicherung für unsere Stadt. Das Verstehen und die Verständigung zwischen den verschiedenen Religionen und Kulturen ist nicht nur Voraussetzung für ein erfolgreiches Miteinander, sondern auch der Schlüssel zum gemeinsamen Erfolg.

Bei der Integrationspolitik geht es im Kern um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Bonner CDU setzt sich für ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund bzw. Mitmenschen mit anderen kulturellen und religiösen Bindungen ein. Wir achten ihre Bindungen, begegnen ihnen mit Respekt und lehnen entschieden jede Form von Abgrenzung, Diskriminierung und Gewalt und damit auch Ausländerfeindlichkeit ab.

Zudem hat die CDU erkannt, welche Bedeutung kulturelle und politische Bildung der Integration zukommt. Gerade die außerschulischen Angebote können hier eine bessere Plattform zur Integration schaffen, als dies oftmals im Unterricht möglich ist. Welche Methoden in diesen Punkten bestritten werden können, eruiert die CDU zurzeit in verschiedenen Hearings mit Fachleuten aus diesem Bereich.

Integration bedeutet für uns die Eingliederung der Zugewanderten in unsere bestehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen auf der Grundlage unserer Grundwerte. Sie bedeutet zugleich die Akzeptanz kultureller Verschiedenheiten auf der Basis dieser Grundwerte.

Wir halten es deshalb für wichtig, Barrieren durch engere Kontakte abzubauen und dies zu unterstützen und die Dialoge auf allen Gebieten voranzutreiben.

Wir versprechen uns eine enorme Verbesserung durch sog. „Integrationslotsen“, die die CDU bereits in ihrem Integrationskonzept gefordert hat.

Die Bonner CDU will

- gezielte Maßnahmen zur Sprachförderung, zur Bildung und Ausbildung von Migranten fördern,
- eine integrative Förderung und Unterstützung ausländischer Studierender,
- den interkulturellen und interreligiösen Dialog unterstützen,
- die integrative Wirkung des Sports in der Kinder- und Jugendarbeit stärker nutzen,
- stärkere Bindungen zwischen Migranten und ansässigen Vereinen, Verbänden und traditionellen Institutionen fördern,
- die Bonner Altstadt und die Stadtteile mit hohem Migrationshintergrund in den Veranstaltungskalender des „Bonner Sommers“ einbeziehen.

Arbeitsmarktsituation

Der Gestaltungsspielraum der Stadt Bonn sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen zu schaffen, ist aufgrund der Haushaltslage äußerst gering. Es gibt wenige Bereiche, wo so etwas geschieht. Das ist z. B. im Kinderbetreuungsbereich der Fall. Auch im Personalbereich muss die Stadt in Zukunft darauf achten, dass die Kosten nicht steigen. Die Ausgaben hier sind schon heute immens.

Im Übrigen sind für mich Ein-Euro-Jobs kein Teufelszeug. Es gibt auch Menschen, die über diese Jobs zu einer dauerhaften, normalen Anstellung finden. Daneben ist jede Einnahme, die den Hartz-IV-Satz aufstockt, für den Betroffenen sicherlich nicht abträglich.

Ich hoffe, Ihnen mit meinen Ausführungen weitergeholfen zu haben. Sollten Sie noch Fragen haben, können Sie mich jederzeit kontaktieren. Auf den Dialog mit Ihnen in den nächsten Monaten und Jahren freue ich mich!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
Christian Dürig